

Europa ändert sich. Nur merken es die Schweizer Politiker nicht

Der EU-Gipfel hat die Umriss des künftigen Europa bestimmt: Die Union wird weiter zentralisiert und stärker von Berlin bestimmt. Für die Schweiz ist das keine gute Entwicklung, meint Felix E. Müller

Während sich in Europa historische Veränderungen anbahnen, ist die Schweiz absorbiert vom Theater um die Besetzung eines Sitzes in der Landesregierung. Während sich Berlin und Paris daranmachen, die EU umzubauen, wird die Schweiz abgelenkt vom Schauspiel einer Partei, die vor allen Augen ihre Führungsschwäche demonstriert. Während Angela Merkel Deutschland zur unbestrittenen Führungsmacht in Europa aufbaut, spekuliert die Schweiz aufgeregt über die Frage, weshalb ausgerechnet das faktische Parteiorgan der SVP den eigenen Bundesratskandidaten abschießt.

Ob die Schweiz am Ende einen Bauernfunktionär aus Wängi (TG) oder eine Finanzspezialistin aus Felsberg (GR) in die Regierung delegiert, dürfte für die Zukunft des Landes weniger wichtig sein als die Frage, wie das Land auf die gegenwärtigen Entwicklungen in Europa reagiert. Doch man gewinnt den Eindruck, die Schweizer Politiker hätten noch gar nicht realisiert, wie fundamental die Veränderungen sind, die sich rund um sie herum abzeichnen.

Am EU-Gipfel dieser Woche in Brüssel haben die Mitgliedstaaten einen massiven Integrationsschritt beschlossen. Eine neue Fiskalunion

greift tief in die nationale Souveränität der Fiskal- und letztlich auch der Wirtschaftspolitik ein. Jedes Land wird eine Schuldenbremse in seine Verfassung einbauen müssen, es gibt Defizit-Limiten und Verschuldungsgrenzen, es gibt eine verstärkte Über-

“

Während sich Berlin und Paris daranmachen, die EU umzubauen, wird die Schweiz abgelenkt vom Schauspiel einer Partei, die vor allen Augen ihre Führungsschwäche demonstriert.

”

wachung der nationalen Haushalte durch Brüssel. Der Europäische Gerichtshof erhält die Kompetenz, den Vollzug dieser Bestimmungen durchzusetzen – all das bringt der Europäischen Union einen grossen Integrationsschub.

Für Angela Merkel ist das Ergebnis

dieses Gipfels ein Triumph. Sie ist mit ihren Vorstellungen durchmarschiert, wie die EU künftig organisiert sein soll, um die gemeinsame Währung zu retten und langfristig zu stabilisieren. Dabei ist es ihr gelungen, eine Spaltung der EU in eine Euro-Gruppe mit 17 Mitgliedern und in eine Nicht-Euro-Gruppe mit den übrigen Staaten zu verhindern. Alle Länder haben sich verpflichtet, die Regeln der neuen Fiskalunion zu übernehmen, wobei in einzelnen Fällen noch die nationalen Parlamente begrüsst werden müssen. Nur Grossbritannien zog die Notbremse, legte ein Veto ein und zwingt damit Merkel (und Sarkozy) in eine juristische Hilfskonstruktion zur Realisierung ihrer Pläne. Die Kanzlerin dürfte mit dem Ausscheren von David Cameron gerechnet haben. Ihre kühle Überlegung wird wohl sein, dass am Ende England die EU mehr braucht als die EU England.

Man darf den gleichen Schluss auch auf die Schweiz anwenden. Hierzulande verläuft die EU-Debatte allerdings immer noch in merkwürdig realitätsfernen Bahnen. Die meisten Schweizer wissen ja genau, wie man die EU eigentlich organisieren müsste. So viele gutgemeinten Ratschläge wurden da schon Richtung Brüssel geschickt, die eigentlich immer darauf hinausliefen, die EU müsse demokratischer, föderalistischer und subsidiärer werden; die Integration sei nicht zu verstärken,

sondern man solle besser mit zwischenstaatlichen Vereinbarungen arbeiten. Vieles davon scheint vernünftig. Nur muss die Schweiz nach diesem Gipfel feststellen, dass man in Brüssel (oder Berlin) nicht auf ihre Ratschläge hört. Die Reise im EU-Land geht in die umgekehrte Richtung. Und auch die Hoffnung, die Union könnte in zwei Gruppierungen mit unterschiedlichem Integrations-tempo zerfallen, hat sich zerschlagen.

Somit muss die Schweiz davon ausgehen, dass ihr in Zukunft ein stärker geeinter Verhandlungspartner gegen-

übersteht. Die Zentrale in Brüssel wird einflussreicher; sie dürfte bald zusätzliche Kompetenzen in der Steuer- und Finanzpolitik erhalten. Eine nüchterne machtpolitische Analyse muss zum Schluss kommen, dass mit der Fiskalunion das Machtgefälle zwischen Brüssel und Bern grösser wird.

Das scheinen unsere Politiker aber nicht zu realisieren. Dabei müsste die Schweiz dringend darüber nachdenken, was die Veränderungen in Europa für sie bedeuten, wie man künftig seine Interessen am besten verteidigt, wie man das Verhältnis zur Führungs-

macht Deutschland verbessern könnte, ob es allenfalls eine «britische Karte» zu spielen gäbe.

Nur: Nichts dergleichen ist auszumachen. Stattdessen hätte die stärkste Partei des Landes auf verantwortungslose Weise beinahe einen Mann in die Landesregierung befördert, der im Waffenhandel tätig war und sich als Erbschleicher entpuppte. Da befällt den Bürger der Verdacht, dass die Politiker in Bern nicht gerüstet sind für die Probleme, die als Folge der jüngsten Entwicklungen in Europa bald auf das Land zukommen dürften.